

# PRESSEINFORMATION

**Jenny Groß MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende  
der CDU-Fraktion im  
Landtag von Rheinland-Pfalz

**83. Plenarsitzung, Donnerstag, 20. Februar 2025**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 13  
Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit  
von Schulen (PES) und Vertretungsverträge als Methoden der  
Unterrichtsregulierung**

Unkorrigiertes Redemanuskript

20.02.2025

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Präsidentin / sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,

unser Bildungssystem ist das Fundament für die Zukunft unserer Kinder, für die Zukunft unseres Landes. Doch wer ein stabiles Haus bauen will, der muss auf ein solides Fundament achten. Und genau hier gibt es in Rheinland-Pfalz erhebliche Risse: Unsere Lehrkräfte sind überlastet, Schulen kämpfen mit Personalmangel, und die Bildungsqualität steht auf dem Spiel.

Was brauchen wir also so nötig? Wonach rufen die Schulen, Verbände, Gewerkschaften, Eltern, Schüler, die Betriebe und damit die Wirtschaft sowie die Gesellschaft? Richtig!! Endlich besser Arbeits- und Rahmenbedingungen für unsere Lehrkräfte!! Wir brauchen sie und sie brauchen uns, uns als Landtag von Rheinland-Pfalz, der endlich seine Hausaufgaben als Dienstherr machen muss und sich nicht wegducken darf!

Lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen: Die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land leisten Großartiges. Sie unterrichten, sie fördern, sie integrieren, sie erziehen – und das oft unter schwierigsten Bedingungen. Und sie stoßen an ihre Grenzen. Die wachsende Zahl an Verwaltungsaufgaben, die zunehmende Heterogenität in den Klassenzimmern und der massive Lehrermangel setzen sie unter enormen Druck. Hinzu kommen immer neue Aufgaben, fordernde Elternkommunikation, zahlreiche Verordnungen, eine zunehmende Gewalt gegen Lehrkräfte, zu große Klassen, schlechte Deutschkenntnisse bei den Schülern, deutlich mehr auffällige Schüler, mehr Konferenzen, Digitalisierung, Inklusion, der normale Unterricht, das einzelne Kind kommt dabei zu kurz - das ist definitiv nicht unsere Vorstellung von gelingender Bildung!

Dass sich das Berufsbild des Lehrers geändert hat, das Wissen alle, aber was sich nicht verändert hat sind die mangelnde personelle Ausstattung des Landes an den Schulen, die mangelnde Wertschätzung, überbordende Bürokratie, unausgeglichene Programm und der flächendeckende Mainzer Projektismus statt Pragmatismus und Vertrauen für unsere Lehrer und Schulen im Land!

Unsere Große Anfrage zum „Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen“ (PES) und Vertretungsverträge als Methoden der Unterrichtsregulierung und der Antwort der Landesregierung zeugen von jahrelangem bewusstem Missachten von Missständen in der Bildungspolitik des Landes!!

Nehmen wir als Beispiel die Grundschulen. Allein in den Grundschulen ist der Anteil der Vertretungskräfte ohne pädagogische Qualifikation in den letzten zehn Jahren von 27,7 % auf knapp 50 % gestiegen. Die Hälfte der Vertretungskräfte hat keine pädagogische Qualifikation. Nur noch knapp 15% der Vertretungskräfte an unseren Grundschulen haben ein erstes oder zweites Staatsexamen Lehramt. Tendenz in den letzten 10 Jahren: sinkend!

Förderschüler sind eine besonders vulnerable Gruppe. Trotzdem hat auch hier fast die Hälfte der Vertretungskräfte keinerlei Lehramtsqualifikation. Die Anzahl der Vertretungskräfte mit Lehramtsstudium: Tendenz sinkend.

Bei den Realschulen plus ist diese Zahl ebenso deutlich: ein Absinken von 36,4 auf 11 Prozent bei den Vertretungskräften mit erstem oder zweitem Staatsexamen Lehramt in 10 Jahren!!

Ich kann diese Zahlen ebenso für den Bereich der Gymnasien, der IGS und der BBS durchgehen - es ist schlicht nicht hinnehmbar! Bei der BBS hat nur jede dritte Vertretungskraft eine Befähigung für das Lehramt.

Das ist alarmierend! Wer glaubt, wir könnten den Lehrkräftemangel einfach mit Aushilfskräften ohne pädagogische Ausbildung ausgleichen, der irrt gewaltig.

Jedes Kind verdient die bestmögliche Bildung – und dafür brauchen wir qualifizierte Lehrkräfte, die unter guten Bedingungen arbeiten können. Für uns als CDU ist klar: das ist nicht mehr hinnehmbar!

In der Antwort zu den Regulierungsmethoden des spricht die Landesregierung von „anders qualifizierten Lehrkräften“. Anderer Name, gleiches Bild:

An den Grundschulen hat sie sich von 2018/2019 bis 2023/2024, also in vier Jahren, die Zahl dieser „anders qualifizierten Lehrkräfte“ um den Faktor 12 vervielfacht. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der an PES teilnehmenden Schulen um das 1,8-fache gesteigert. Mehr Schulen gleich mehr „anders qualifizierte Lehrkräfte“ – diese Erklärung funktioniert also nicht. Ähnliche Steigerungen sehen wir bei anderen Schularten:

Realschulen: plus 766% in vier Jahren – die Anzahl der Schulen ist sogar leicht gesunken  
Förderschulen: plus 733% - bei fast gleicher Anzahl von Schulen – es war nämlich nur plus eine Schule mehr. Ja meine Damen und Herren, und dann reden wir noch von hochwertigem Unterricht mit

grundständig ausgebildeten Lehrkräften? Wir wollen für unsere Kinder und Jugendlichen die besten Lehrkräfte, wir wollen ebenso alle Lehrkräfte unterstützen in ihrem beruflichen Umfeld – doch was ist der Status quo? Stets mehr nicht qualifiziertes Personal, die mit katastrophalen Rahmenbedingungen arbeiten und Schüler, die darunter leiden.

Wo soll dies enden? Es darf nicht zu einer weiteren Entprofessionalisierung kommen! Rheinland-Pfalz muss wieder Bildungsland Nummer 1 werden, dafür setzen wir uns als CDU aus Überzeugung, mit den besseren Konzepten und mit Verstand ein!

Was erleben wir landauf, landab seit Jahren? Ein Anstieg an Überlastungsanzeigen. Unsere Schulen, unsere Lehrkräfte sind am Limit! Sie schreiben fundiert ihren Dienstherrn, die ADD und auch das Ministerium an, teilweise stellen sie sogar die zweite Überlastungsanzeige, weil sich nichts verbessert hat. Es ist die harte Realität, aber wenn wir junge Menschen für diesen wunderbaren Beruf des Lehrers begeistern wollen - und zwar seriös und mit endlich guten Rahmen- und Arbeitsbedingungen, dann müssen wir eine 180 Grad Wendung hinlegen - als CDU legen wir ihnen heute einen entsprechenden Entschließungsantrag vor mit konkreten Maßnahmen, wie wir die Lehrkräfte entlasten und die Bildung in den Fokus nehmen. Es ist unsere Pflicht als Landtag hier für Lösungen zu sorgen!

Und es ist die Pflicht des Dienstherrn, dass sie alle Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen ernst nimmt, für nachhaltige Lösungen sorgt und selbstverständlich sich sehr zeitnah nach Erhalt der Anzeige meldet, dies ist leider nicht immer der Fall. Unverzögliches Handeln, Anpacken und lösungsorientiert arbeiten, statt nur mit Studententagen für mehr Resilienz oder bildungspolitischen Feigenblättern zu agieren. Das haben unsere Schulleitungen sowie alle ÖPR und die Kollegien nicht verdient!

Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Zeit für guten Unterricht. Wir brauchen echte Unterstützung für unsere Schulen durch Verwaltungskräfte, damit Lehrer sich auf das konzentrieren können, wofür sie ausgebildet wurden: das Unterrichten.

Wir brauchen multiprofessionelle Teams mit Schulpsychologen, Sozialarbeitern und Sonderpädagogen, um der zunehmenden Heterogenität in den Klassenzimmern gerecht zu werden. Wir müssen angehende Lehrkräfte in einem praxisnahen Referendariat optimal auf ihren Beruf vorbereiten. Und wir brauchen eine Unterrichtsversorgung von mindestens 105 %, damit Vertretungen, sofern diese überhaupt vorhanden sind, nicht den gesamten Schulbetrieb gefährden.

Ein weiteres großes Problem ist die Überfrachtung der Lehrpläne. Wenn wir wollen, dass unsere Kinder für die Zukunft gerüstet sind, dann müssen wir den Mut haben, Lehrpläne zu verschlanken und neu auszurichten. Praxisnahe Bildung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz müssen sinnvoll in den Schulalltag integriert werden.

Und, meine Damen und Herren, wir als CDU stehen fest an der Seite unserer Förderschulen. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungssystems und müssen erhalten bleiben. Inklusion darf nicht bedeuten, bewährte Strukturen abzubauen, sondern muss echte Wahlfreiheit ermöglichen. Auch wegen Ihrer neuen Inklusionsverordnung haben Sie den Schulen eine unermessliche Mehrbelastung aufgebürdet und viel schlimmer: Es steht nicht das einzelne Kind, sondern eine Ideologie im Vordergrund!

Die aktuelle Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz lässt unsere Schulen im Stich. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler brauchen mehr als warme Worte – sie brauchen endlich Taten. Ich bitte Sie aus Überzeugung: Stimmen Sie für unseren Entschließungsantrag! Lassen Sie uns gemeinsam handeln!